



Beschäftigung, soziale Angelegenheiten
und Chancengleichheit

Progress



„Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Arbeit von AkteurInnen“

Arbeitspapier für den

AK 4: AkteurInnen in der Politik

- **Bewusstseinsbildende Maßnahmen** mit Fragestellungen wie:
Was verstehen wir unter „Integration“?
Was verstehen wir unter gesellschaftlicher Teilhabe – bzw. Ausgrenzung? Dazu konkrete Fragen wie: Zugang zum Arbeitsmarkt, Staatsbürgerschaft, Wohnen, soziale Förderungen etc.
Aufarbeitung von Vorurteilen (z.B. Menschen mit Migrationshintergrund erhalten mehr an Sozialleistungen als österreichische Staatsbürger);
etc.
- **Beitrag politischer Parteien zur Gleichbehandlung aller Menschen im jeweiligen Gemeinwesen bzw. zur Entspannung des gesellschaftlichen Klimas:**
Anteil der Parteienförderung binden an die nachweisliche Behandlung von Menschenrechtsfragen (darunter Migrationsinhalte, Diskurs, Ideen, Umsetzung von konkreten Projekten etc.)
PolitikerInnen sind verantwortlich für einen sachlichen Diskurs;
PolitikerInnen haben die Aufgabe, für ein besseres Zusammenleben zu arbeiten und werden dafür bezahlt, Differenzen zu überwinden;
Keine Migrations- bzw. „Ausländer“themen im Wahlkampf
- **Gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund:**
„Soziale Teilhabe“ stärker in den politischen Gremien thematisieren Verstärkung des Kontakts zwischen politischen Gremien bzw. EntscheidungsträgerInnen zu MigrantInnen und MigrantInnenorganisationen
Auswirkungen von Armut auf das gesellschaftliche Gleichgewicht – auf Familien – auf die betroffenen Menschen
- Wie kann die **Diskriminierung** von MigrantInnen in der Gesellschaft und der Politik reduziert werden? Wie kann man Antidiskriminierung fördern?
Durch diskriminierende Berichterstattung in den Medien entsteht eine negative gesellschaftliche Atmosphäre für MigrantInnen und für das Zusammenleben.
Teile der AkteurInnen in der Politik versuchen im Wahlkampf mit Hetzparolen Wählerstimmen zu gewinnen. Können die Verbreitung eines „Ehrenkodex“ und die öffentliche Ächtung bei Verstößen

als geeignete Maßnahmen für die Bekämpfung solcher Tendenzen eingesetzt werden?
Setzt sich jemand positiv für die Anliegen der MigrantInnen ein, so sollte er Anerkennung dafür bekommen.

Sollte das Selbstwertgefühl der ÖsterreicherInnen gestärkt werden?

- Die politischen Diskussionen und Handlungen spiegeln die persönlichen **Haltungen** und das Wissen bzw. die **Unwissenheit** der politischen AkteurInnen wieder.
Wie kann die Unwissenheit überwunden und wie können die Haltungen positiv verändert werden?
Wie kann der Austausch zwischen ÖsterreicherInnen und MigrantInnen verbessert werden?
Politiker haben die Aufgabe und werden auch dafür bezahlt politische Lösungen für die gesamte Gesellschaft und für gesellschaftliche Probleme zu finden. Dabei kann eine bestimmte Gruppe (z.B.: MigrantInnen) nicht ausgeklammert werden. Soziale Ungleichheit schadet allen!
- Die **Politik** braucht mehr **Informationen** von **NGOs** und über MigrantInnenanliegen. Um das zu verwirklichen, muss der Kontakt zwischen diesen AkteurInnen ausgebaut werden. (z.B.: Infos zu den Themen Bildung, Arbeit, Wohnen...) Wie?
NGOs arbeiten direkt mit MigrantInnen zusammen und kennen daher ihre Sorgen und Anliegen sehr genau. Ein verbesserter Austausch könnte mehr Verständnis schaffen und falsche Gerüchte von vornherein ersticken.
PolitikerInnen sind auch **MeinungsbilderInnen** und sind verpflichtet sich mit Themen, zu denen sie sich äußern, näher zu befassen. Wenn die politischen AkteurInnen selbst nicht informiert und aufgeklärt sind, können sie keine „professionelle“ Meinung bilden und somit ihrer Verantwortung als MeinungsbilderInnen nicht gerecht werden.

Maßnahmenempfehlung

- Stärkere Thematisierung der „**gesellschaftlichen Teilhabe und Integration**“ unter und mit den politischen AkteurInnen
- **Initiierung und Umsetzung von Maßnahmen gegen Diskriminierung** auf allen Ebenen und Einbindung der politischen Gremien und Öffentlichkeit, z.B. Medien
- **Maßnahmen zur Verstärkung der Gleichbehandlung aller Menschen:**
Gesellschaftliche Anerkennung nichtdiskriminierenden Verhaltens bzw. gesellschaftliche Ächtung populistischen oder diskriminierenden Verhaltens
s. Punkt 1: Gesellschaftliche Teilhabe
- **Höhe der Parteienförderung von der diskriminierungsfreien Behandlung von Menschenrechtsfragen (darunter Migration) abhängig machen.**
Hetze und Rassismus durch Migrations- bzw. „Ausländer“themen im Wahlkampf entgegen wirken
- **Verstärkung des Kontakts** zwischen politischen Gremien bzw. EntscheidungsträgerInnen zu MigrantInnen und MigrantInnenorganisationen
Auswirkungen von Armut auf das gesellschaftliche Gleichgewicht – auf Familien – auf die betroffenen Menschen darunter Menschen mit Migrationshintergrund stärker im Vordergrund rücken
- **Die Einbeziehung der Medien**, um diskriminierende Berichterstattung zu vermeiden und die sachliche Diskussion unter Einbindung der politischen EntscheidungsträgerInnen im Sinne eines besseren Zusammenlebens zu fördern
- Den **Kontakt zwischen den AkteurInnen in der Politik und NGOs** fördern, um den Meinungsbildungsprozess für mehr gesellschaftliche Teilhabe positiv zu beeinflussen